

Jürgen Klocke, Redaktion AWW-Informationen

Exklusiv-Interview mit Prof. Dieter Kempf, Präsident des BITKOM und Vorsitzender des Vorstands von DATEV

Herr Prof. Kempf, Sie haben auf der CeBIT zusammen mit Vertreterinnen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesministeriums des Inneren als Präsident des BITKOM die Pilotanwendung der elektronischen Rechnung im Datenformat des „Forum elektronische Rechnung Deutschland“ „ZUGFeRD“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Welche Bedeutung hat „ZUGFeRD“ für den Rechnungsaustausch zwischen Unternehmen, Behörden und Verbrauchern?

Prof. Dieter Kempf:

Wir hoffen, dass sich ZUGFeRD als Format für den Austausch elektronischer Rechnungen mit Behörden und Ämtern schnell etabliert und sich als

Standard für den elektronischen Rechnungsaustausch auch zwischen Unternehmen durchsetzt. Der neue Standard vereint die Vorteile einer schnellen Rechnungsübermittlung mit der Möglichkeit der automatisierten Verarbeitung der Rechnungsdaten. Dies bietet besondere Vorteile für Unternehmen und Behörden. Für Verbraucher ändert sich dagegen nichts.

Wie gestaltet sich der digitale Rechnungsaustausch insbesondere für kleine und mittlere Un-

ternehmen? Welche Hindernisse müssten Ihrer Auffassung nach hier noch überwunden werden?

Prof. Dieter Kempf: Viele kleine und mittlere Unternehmen nutzen den elektronischen Rechnungsaustausch derzeit noch nicht oder zumindest noch nicht in vollem Umfang. Lange Zeit stand das Umsatzsteuerrecht einer Verbrei-



Prof. Dieter Kempf

terung der elektronischen Rechnung im Wege. Diese umsatzsteuerlichen Hürden sind seit einer Gesetzesänderung im Sommer 2011 beseitigt. Seitdem ist auch der Rechnungsversand als PDF-Datei im Umsatzsteuerrecht anerkannt, und es ist prinzipiell möglich, elektronische Rechnungen in jedem Format und über beliebige Übertragungswege auszutauschen. Es bestehen aber noch gewisse Unsicherheiten bei der handels- und steuerrechtlich ordnungsgemäßen Archivierung elektronischer Rechnungen.

Aus meiner Sicht müsste die Finanzverwaltung das BMF-Schreiben zu den Grundsätzen des Datenzugriffs und der Prüfbarkeit digitaler Unterlagen (GDPdU) an die geänderte Rechtslage und an die technische Entwicklung anpassen, um mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Außerdem müssen die Software-Anbieter ZUGFeRD in ihre Finanz- und Buch-

haltungssoftware integrieren. Dies wird aber sicherlich sehr schnell geschehen, wenn ZUGFeRD als Standard anerkannt ist.

Jenseits der rechtlichen Fragestellungen ist der Einstieg in die elektronische Rechnungsverarbeitung natürlich auch mit Veränderungen in den Prozessen im Unternehmen und

in den Kundenbeziehungen verbunden. Mit dem sich abzeichnenden Standard werden kleine und mittlere Unternehmen aller Größenklassen aber gut umgehen können. Gerade das macht seine Qualität aus: Als Unternehmer kann ich mit dem „Rechnungsbild“ oder aber mit den strukturierten Daten (XML) arbeiten. Dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Kanzleramt war wichtig, dass die Unternehmen elektronische Rechnungen bei Bedarf von einem Dienstleister verarbeiten lassen, aber eben auch ohne

einen solchen Spezialisten auskommen können.

Die AWV hat im Auftrag des BMWi das „Forum elektronische Rechnung Deutschland (FeRD)“ gegründet. In diesem Gremium arbeiten Ministerien, Verbände und Unternehmen seit Jahren mit dem Ziel zusammen, den Einsatz der elektronischen Rechnung zu fördern. Wie würden Sie die Zusammenarbeit der genannten Institutionen beurteilen, und was ist „nach dem Startschuss“ auf der CeBIT nun erforderlich, um die elektronische Rechnung bundesweit wirklich bekannt zu machen?

Prof. Dieter Kempf: Die Zusammenarbeit von Behörden, Verbänden und Unternehmen im Forum ist gut und erfolgreich. Dies zeigt nicht zuletzt das Format ZUGFeRD, das auf Initiative des Forums geschaffen wurde. Alle Vertreter eint das Ziel, den elektronischen Rechnungsaustausch in Deutschland zu etablieren und dessen Nutzen- und Einsparpotenziale zu erschließen. Wichtig ist hierfür, dass der neue Standard bekannter wird. Deshalb kümmert sich aktuell eine Arbeitsgruppe um das Marketing des Formats. Die Vorteile der elektronischen Rechnung liegen auf der Hand: ZUGFeRD und der elektronische Rechnungsaustausch helfen, die Prozesse in den Unternehmen effizienter und die Abwicklung des Debitorenmanagements auch für den Rechnungsempfänger leichter und kostengünstiger zu machen. Der Rechnungsversender kann Papier-, Druck- und Portokosten sparen und hat die Rechnung trotzdem schneller beim Geschäftspartner. Der Rechnungsempfänger hatte bisher oft noch Schwierigkeiten mit der Verarbeitung elektronischer Rechnungen. Der Aufwand schien vielen Unternehmen bisher zu hoch. Mit ZUGFeRD wird der Einstieg in den Umstieg auf elektronische Rechnungen nun deutlich einfacher.

„Shareconomy“ war Leitthema der CeBIT 2013. Untersuchungen von BITKOM haben ergeben, dass mittlerweile schon jedes dritte Unternehmen in Deutschland Cloud Computing einsetzt. Was ist das wirklich „Neue“ am Teilen von Gegenständen, Wissen und Erfahrungen – Shareconomy – und war hier die CeBIT bei der Vermittlung ihres Leitthemas erfolgreich?

Prof. Dieter Kempf: Die CeBIT hat mit dem Thema den Nerv der Zeit getroffen. Cloud Computing ermöglicht die Shareconomy und ist gleichzeitig ein Beispiel dafür, wie sich Nutzer technische Infrastrukturen teilen können. Das Teilen von Sachen und Erfahrungen ist so alt wie die Menschheit selbst. Durch neue Technologien bekommt das Teilen jetzt eine völlig neue Dimension. Zum einen, weil sich Menschen finden, die sich sonst nie gefunden hätten. Zum Beispiel, wenn man jemanden sucht, der in der direkten Nachbarschaft eine Bohrmaschine verleiht oder am anderen Ende der Welt seine Wohnung für einen Urlaub zum Tausch anbietet. Zum anderen liefert die Technik einen entscheidenden Mehrwert. Zum Beispiel beim Car Sharing im Vergleich zur normalen Autovermietung. Die Autos sind in Städten ständig verfügbar und können über das Smartphone lokalisiert werden. Zudem werden die Fahrten minutengenau abgerechnet.

Unvermeidbar wirft Shareconomy Fragen der Datensicherheit auf. „Security“ ist nicht erst seit heute ein Schwerpunktthema. Was muss getan werden, damit Shareconomy und Security nicht als ständiger Gegensatz erscheint?

Prof. Dieter Kempf: Die Shareconomy lebt von der schnellen Verfügbarkeit von Daten oder Gebrauchsgütern, die die Marktteilnehmer miteinander teilen wollen oder sollen. Für die enormen logistischen Prozesse, die zum Funktionieren einer solchen „On

demand“-Verteilung notwendig sind, sind moderne Informationstechnologie und permanente Vernetzung unabdingbar. Die Frage nach der Sicherheit stellt sich in diesem Zusammenhang nicht mehr und nicht weniger als in den meisten anderen Bereichen, in denen zum Beispiel Arbeitsabläufe zunehmend digitalisiert werden.

Als zentrale Technologie der Shareconomy müssen wir uns die Cloud genauer ansehen: Vielen Unternehmen ist immer noch nicht ganz wohl bei dem Gedanken, ihre Geschäftsdaten einem Dienstleister anzuvertrauen und sie auf dessen Servern zu speichern. Doch die dahinter liegenden Ängste kommen mehr aus einem diffusen Bauchgefühl als aus einer realen Bedrohung. Wer das Thema einmal völlig unvoreingenommen betrachtet, kommt schnell zu dem Schluss, dass Cloud-Services sogar ein großes Plus für die Sicherheit der Daten und auch für die Ausfallsicherheit der Anwendungen sein können. Schließlich kann ein Rechenzentrum mit seiner zentral betriebenen, professionellen Infrastruktur ein viel höheres Schutzniveau bieten, als ein mittelständisches Unternehmen dies normalerweise selbst zu realisieren in der Lage wäre.

Beim Betrieb von professionellen Sicherheits- und Sicherungsmechanismen kommen ihm Skaleneffekte zugute. Indem es die entsprechenden technischen Komponenten und Überwachungsabläufe in großem Stil für eine Vielzahl von Anwendern auf der gleichen Infrastruktur einsetzt, kann es Sicherheit günstiger anbieten, als einzelne Anwender es individuell mit eigenen Maßnahmen könnten. So steigt für den Anwender bei gleichen oder sogar geringeren Kosten das Sicherheitsniveau signifikant an.

Natürlich müssen die Nutzer sich jeweils den Anbieter einer Plattform für die benötigte Transaktion

im Vorfeld genau anschauen. Geschäftsrelevante und kundenbezogene Daten gehören definitiv nicht in eine Public Cloud. Für solche Daten und Anwendungen, die damit arbeiten, sollten ausschließlich so genannte Trusted-Cloud-Konzepte zum Einsatz kommen, bei denen Anbieter und Anwender in einer festen Geschäftsbeziehung zueinander stehen und der Zugriff auf Daten und Anwendungen besonders abgesichert ist. Es gibt gute und sichere Lösungen im Markt, die auch das Teilen sicher machen. Auf den Plattformen der DATEV arbeiten Unternehmer und deren Steuerberater beispielsweise mit hochsensiblen Unternehmens- und Finanzdaten. Wenn das in diesem Umfeld gut und sicher funktioniert, sollte es sich doch auch in allen anderen Bereichen entsprechend einrichten lassen.

Die Arbeit der AWW basiert auch auf einer Art des Teilens von Informationen und Wissen. In unseren Arbeitskreisen wird von den Teilnehmer/innen Wissen zur Verfügung gestellt, um im Ergebnis neue Prozesse, die Optimierung von Gesetzen etc. voranzutreiben. Ist diese ehrenamtliche Arbeitsform im Konzept der Shareconomy berücksichtigt?

Prof. Dieter Kempf: Für die Idee der Shareconomy ist es zunächst einmal völlig egal, welches wirtschaftliche, materielle oder ideelle Interesse hinter dem Teilen steht. Ob ich als Nutzer ein Gebrauchsgut nur bei Bedarf mieten möchte, statt es zu kaufen, oder ob ich Wissen im Rahmen von Open Source-Projekten einbringe, um mich einfach an der Entstehung eines frei verfügbaren Programms zu beteiligen – der Terminus Shareconomy beschreibt zunächst einmal völlig wertfrei den Prozess des Teilens von Wissen oder Ressourcen zum gegenseitigen oder auch zu einem höheren allgemeinen Nutzen. Darunter lässt sich selbstverständlich auch das ehrenamtliche Engagement von Unternehmen fassen,

die Ressourcen in Form von Mitarbeitern und deren Fachwissen in einen Arbeitskreis entsenden, der die Entwicklung von Standards oder Prozessnormen zum Ziel hat. Insofern lässt sich auch das Tätigkeitsfeld der AWW als Shareconomy bewerten: Für jedes einzelne teilnehmende Unternehmen ist es von Vorteil, wenn es sich auf gemeinsame Standards stützen kann oder wenn Gesetze letztlich in einer Form verabschiedet werden, die ihre Umsetzung vereinfacht.

Die DATEV eG, deren Vorsitzender Sie sind, arbeitet intensiv in diversen Fachgremien der AWW mit. Wie sehen Sie die Bedeutung bei der Optimierung von Prozessen, der Rechtssetzung und der Entwicklung neuer Standards im Rahmen dieser ehrenamtlichen Arbeitskreise und Fachgremien?



Prof. Dieter Kempf

Prof. Dieter Kempf: Die großen Vorteile des AWW liegen zum einen in der Zielsetzung, Bürokratie abzubauen, zum anderen in der übergreifenden Besetzung seiner Arbeitsgruppen. Deshalb ist die AWW eine hervorragende Institution, um sich mit Branchenkollegen, aber auch mit Vertretern aus den beteiligten Ministerien quasi auf neutralem Boden zu treffen und auf Augenhöhe auszutauschen. Dadurch entsteht ein sehr offener Dialog zwischen der Verwaltung und

der Wirtschaft. Industrie und Politik bekommen auf diese Weise Einsicht in die Wünsche und Nöte der anderen Seite. Das gegenseitige Verständnis, das daraus entsteht, hat schon in manchem Fall dazu geführt, dass am Ende ein, wenn auch nicht für alle Interessenlagen optimales, so doch zumindest optimiertes Ergebnis umgesetzt wurde.

Die Beratungen zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) haben wir beispielsweise als sehr zielführend empfunden. In einer aktuellen Arbeitsgemeinschaft zum Umsatzsteuerrecht diskutieren wir mit dem Finanzministerium ebenso wie mit der Steuerberaterkammer und anderen namhaften Vertretern von Seiten der Software-Anbieter. Bei der elektronischen Übertragung von Daten im Sozialversicherungsumfeld haben

wir maßgeblich zu einem Standard beigetragen, der auch die Rückübertragung durch die Sozialversicherungsträger mit einschließt. Das spart uns und insbesondere unseren Anwendern viel Mühe und Zeit. Sicher gibt es auch einmal Rückschläge zu verzeichnen, wie etwa beim Versuch der Novellierung der Buchführungsgrundlagen (Stichwort GoBIT), der zunächst einmal vom Finanzministerium geblockt wurde. Aber insgesamt teilen wir gerne unser Wissen

in der AWV und sind sehr zufrieden mit den Resultaten.

Partnerland der CeBIT 2013 war Polen. Polen nur unter dem Gesichtspunkt eines europäischen Agrarlandes zu sehen, ist längst Geschichte. Welche Bedeutung hat Polen als aufstrebendes Industrieland für die Entwicklung der Digitalen Industrie in Deutschland und Europa? Was waren hier Ihres Erachtens die wichtigsten Merkmale für Polens Auftritt auf der CeBIT?

Prof. Dieter Kempf: Polen ist ein innovativer Hightech-Standort mit einem enormen Potenzial an gut ausgebildeten Spezialisten der digitalen Industrie. Das hat der CeBIT-Auftritt des Landes mit mehr als 150 Ausstellern gezeigt. Polen hat zudem die europäische Finanzkrise hervorragend gemeistert. Mit 2,5 Prozent ist die polnische Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark gewachsen wie in keinem anderen EU-Land. Schon heute ist Polen ein bedeutender Hightech-Handelspartner. Deutsche Anbieter exportierten im Jahr 2012 ITK-Hardware im Wert von 1,7 Milliarden Euro nach Polen – ein Anstieg um 10 Prozent. Polnische Unternehmen lieferten zugleich Ausrüstung für rund eine Milliarde Euro nach Deutschland.

Polen ist das Tor nach Mittel- und Osteuropa und mit Abstand der größte ITK-Markt unter den neuen EU-Mitgliedstaaten. Mit rund 16 Milliarden Euro ist der polnische ITK-Markt fast doppelt so groß wie der tschechische, der auf Platz zwei liegt. Wir können uns von unserem Nachbarn sogar technologisch einiges abschauen. Nur ein Beispiel: Beim Einsatz der NFC-Funktechnik, die etwa für das bargeldlose Bezahlen mit modernen Smartphones genutzt werden kann, sind uns die Polen weit voraus. Mehr als jede dritte Kasse ist dort mit der Technik ausgerüstet, in Deutschland ist es aktuell nicht einmal jede hundertste.

Gerade hat das Bundeswirtschaftsministerium seinen monatlichen wirtschaftlichen Lagebericht veröffentlicht. Demnach befindet sich die deutsche Wirtschaft an der „Schwelle zur Erholung“. Auch die Entwicklung der ITK Branche wird für 2013 sehr optimistisch beurteilt. Wie ist hier Ihre Einschätzung?



Prof. D. Kempf stellt auf der CeBIT das neue elektronische Rechnungsformat ZUGFeRD vor.

Prof. Dieter Kempf: Der ITK-Markt wächst deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft. In diesem Jahr wird der Umsatz mit Informationstechnologie, Telekommunikation und Unterhaltungselektronik der BITKOM-Prognose zufolge um 1,4 Prozent auf 153 Milliarden Euro steigen. Das Plus fällt dabei mit 2,2 Prozent auf 75 Milliarden Euro bei der Informationstechnik am größten aus, der Telekommunikationsmarkt wird um 1,3 Prozent auf 66 Milliarden Euro zulegen. Rückläufig sind nur die Umsätze mit Unterhaltungselektronik, die um 3 Prozent auf 12 Milliarden Euro schrumpfen. In der ITK-Branche wird es zur Jahresmitte 2013 erstmals mehr als 900.000 Arbeitsplätze geben. Das entspricht einem Plus von 12.000 Arbeitsplätzen im Jahresverlauf, nachdem bereits 2012 rund 19.000 neue Jobs entstanden sind. Die BITKOM-Branche ist damit neben dem Maschinenbau

der einzige Industriesektor, der in Deutschland mehr als 900.000 Arbeitsplätze bietet.

Auf Europa bezogen ist die wirtschaftliche Lage keineswegs vergleichbar mit der Entwicklung in Deutschland. Rezessive Entwicklungen sind in verschiedenen EU-Staaten vorhanden. Elektronische

Rechnung oder Datensicherheit sind auch europäische Fragen, ja können teilweise nur auf europäischer Ebene wirklich gelöst werden. Wie würden Sie die europäische Entwicklung der genannten Themenkomplexe beurteilen?

Prof. Dieter Kempf: Gerade bei den Themen Datenschutz und IT-Sicherheit ist die EU-Kommission eine sehr wichtige Instanz, die politische Vorhaben vorantreibt. Aktuell wird mit großem Engagement an einem einheitlichen Regelwerk für den Datenschutz gearbeitet, das für alle Mitgliedstaaten der EU Gültigkeit haben wird. Das hat selbst für Länder wie die USA oder Japan Signalwirkung. Auch bei der IT-Sicherheit treibt die EU ihre Anstrengungen voran. Das ist wichtig, weil Cybercrime nur gemeinsam bekämpft werden kann. Zudem sorgen wir für einen Knowhow-Transfer, von dem vor allem die kleineren Staaten profitieren können. Ich meine, wir sind hier auf einem guten Weg.